

A2 Weg mit der Ungerechtigkeit - Her mit der solidarischen Utopie! Arbeitsprogramm der Grünen Jugend Saar

Antragsteller*in: Finn Schlicker (KV Saarpfalz), Lena Rauber (KV Neunkirchen), Lara Bütermann (KV Neunkirchen)

Antragstext

1 Weg mit der Ungerechtigkeit - Her mit der solidarischen Utopie!

2 Die Politik in unserem Land hat sich nach rechts verschoben. Meinungen, die noch
3 vor wenigen Jahren von rechten Ideologen verbreitet wurden, sind mittlerweile im
4 Konsens der sogenannten „demokratischen Mitte“ angekommen. Das Ergebnis dieses
5 Rechtsrucks ist eine unsolidarische Politik der Regierung. Egal ob Geas,
6 Sicherheitspaket oder der Subventionierung von Flugtaxi, die Politik ist in
7 vielen Feldern von der Bevölkerung weggerückt. Im Saarland ist auch unter der
8 SPD Alleinregierung keine Wende in der Klima- oder der Sozialpolitik
9 eingetreten. Stattdessen holzt die Regierung lieber grundlos den Hanni ab und
10 findet keine Lösungen gegen die Abwanderungen von Arbeitsplätzen in der
11 Industrie. Hier kommt die Arbeit der Grünen Jugend ins Spiel. Wir sind und
12 bleiben der einzige ernstzunehmende linke Player im Saarland, der kritisch die
13 Arbeit der Regierung betrachtet. Um das beizubehalten, muss aber auch in der
14 Grünen Jugend noch einiges passieren.

15 Bildungsarbeit

16 Die Einführung des Bildungsteams und des Geschlechterstrategieteam, waren ein
17 richtiger Schritt um die Bildungsarbeit des Landesverbandes zu
18 professionalisieren. Dennoch wird die Arbeit der beiden Teams im nächsten halben
19 Jahr ausgesetzt. Der Landesvorstand evaluiert wie man die beiden Teams auf lange
20 Sicht besser in die Bildungsarbeit integrieren kann und wie man die Besetzung
21 auf lange Sicht sicherstellt. Die Wahl der Teams wird auf die Frühjahrs-LMV
22 verschoben.

23 Bündnisarbeit

24 Bündnisse gehören zu den wichtigen Werkzeugen um auch in Zukunft die
25 Gesellschaft nach links zu drehen. Deshalb wird die Grüne Jugend auch im
26 nächsten Jahr linke Bündnisse aktiv mitgestalten und sich bei Bündnisprozessen
27 einbringen.

28 Reformprozess

29 Die Arbeit der Grünen Jugend muss transparenter werden und besser kommuniziert
30 werden, deshalb wird ab sofort auf jeder Landesmitgliederversammlung ein Bericht
31 über die bisherige Arbeit des Landesvorstands sowie der Teams erfolgen. Die KV -
32 LV- Treffen sollen mehr zu einem Ort des Austauschs mit der
33 Verantwortungsträger:innen werden. Deswegen evaluiert der Landesvorstand, wie
34 man in Zukunft noch stärker die KVen bei diesen Treffen aktiv mitnehmen kann.

35 Politische Praxis

36 Viele von uns sind zur Grünen Jugend gekommen, weil die Grünen die einzige
37 Partei waren mit Ideen für eine lebenswerte Zukunft. Besonders das Eintreten für
38 nachhaltigen Klimaschutz, Soziale Gerechtigkeit und Menschenrechte waren hier

entscheidende Faktoren. In den letzten Jahren ist die deutsche Politik massiv nach rechts gerückt. Das gilt in Teilen auch für die Grünen, besonders mit Blick auf die derzeitige Migrations- und Asylpolitik. Doch für uns als Grüne Jugend steht fest: Veränderungen kommen sowohl durch Protest auf der Straße, als auch durch Entscheidungen im Parlament. Aus diesem Grund wollen wir als Verband in Zukunft weiter Teil der Grünen sein und durch kritische Begleitung Einfluss auf Grüne Politik nehmen. Besonders in Zeiten wie diesen braucht es eine starke linke Stimme, um sich für soziale Gerechtigkeit, Klimaschutz und Menschenrechte einzusetzen.

Als Grüne Jugend ist es dabei nicht unsere Rolle Kompromisse mitzutragen, sondern an jedem Tag gegenüber Politik und Partei geschlossen für unsere Positionen einzustehen. Unsere Unterstützung ist dabei nicht bedingungslos. Besonders mit Blick auf den Rechtsruck, eine menschenwürdige Asylpolitik und sozialverträglicher Klimapolitik erwarten wir echte Lösungen.

Social Media

Die Social Media Arbeit der Grünen Jugend wird im nächsten Jahr erneut professionalisiert. Auch während des Bundestagswahlkampfes wird ein Schwerpunkt auf Social Media, vor allem auf die Vermarktung von Reals gelegt. Social Media wird zum zentralen Ankerpunkt der politischen Kommunikation.

Begründung

Erfolgt vor Ort